

## Frühjahrssession 2022 Sessionsrückblick - 3. Woche



### **Krisenbewältigung**

Das Bundesparlament soll künftig virtuell tagen können. Generell soll es in Krisenlagen mehr Einfluss nehmen können als dies zu Beginn der Pandemie der Fall war. Als Erstrat hat der Nationalrat am Montag entsprechenden Vorschlägen seiner Staatspolitischen Kommission (SPK-N) zugestimmt. Die grosse Kammer hiess drei Vorlagen zum Thema mit jeweils nur einer Gegenstimme gut. Zwei davon gehen an den Ständerat. Die dritte Vorlage betraf Änderungen des Geschäftsreglements des Nationalrats. Hier reicht die Zustimmung der grossen Kammer aus.

Hintergrund der neuen Regelungen sind die Ereignisse zu Beginn der Corona-Pandemie im Frühling 2020. Damals war die Frühjahrssession des Bundesparlaments abgebrochen worden, die Tätigkeit der Kommissionen wurde vorübergehend eingeschränkt.

Die Vorlagen gehen zurück auf zwei parlamentarische Initiativen der SPK-N. Nach deren Annahme in beiden Räten arbeitete die Kommission einen Entwurf aus. Konkret schlägt sie vor, dass die Räte in Situationen, in denen sie physisch nicht zusammentreten können, künftig auch virtuell tagen können sollen. Bei Ereignissen, die nur einzelne Regionen betreffen, etwa Naturkatastrophen, soll es möglich sein, einzelne Ratsmitglieder virtuell zuzuschalten. Ratssitzungen ausserhalb Berns sollen leichter möglich sein.

Neu sollen zudem ausserordentliche Sessionen unter bestimmten Voraussetzungen unverzüglich einberufen werden, sofern dies ein Viertel der Mitglieder der eidgenössischen Räte oder der Bundesrat verlangt. Vorgesehen ist auch eine Verkürzung der Fristen für die Behandlung, etwa bei Motionen oder parlamentarischen Initiativen. Dies, damit das Parlament rasch handeln kann, insbesondere, wenn es Änderungen an Verordnungen des Bundesrats will.

Weiter soll der Bundesrat Entwürfe für sogenannte "Notverordnungen" immer der zuständigen Parlamentskommission vorlegen müssen. Schliesslich sieht die Vorlage die Schaffung einer Verwaltungskommission als Führungsorgan des Parlaments vor. Diese soll die heutige Verwaltungsdelegation, die aus Mitgliedern der Ratsbüros besteht, ersetzen.

### **Coronavirus - Schweiz**

Das Bundesparlament hat zusätzliche 100 Millionen Franken für die Beschaffung von Medikamenten gegen Covid-19 bewilligt. Der Nationalrat ist am Dienstag auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt. Damit sind die Nachträge zum Budget 2022 unter Dach und Fach. Grösster Brocken sind zusätzliche 3,4 Milliarden Franken für die Pandemiebewältigung. Die Medikamente sollen Menschen mit geschwächtem Immunsystem zugutekommen. Inhaltlich war die Beschaffung nicht umstritten. Der Ständerat hatte die 100 Millionen Franken indes ohne Antrag des Bundesrats in den Beschluss aufgenommen, der Nationalrat wollte die Mittel ursprünglich auf ordentlichem Weg beschliessen.

### **Serafe-Gebühr**

Der Nationalrat will Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitenden generell von der Serafe-Gebühr befreien. Er hat mit 119 zu 71 Stimmen bei 3 Enthaltungen einer entsprechenden parlamentarischen Initiative von Fabio Regazzi (SVP/TI) zugestimmt. Die Initiative geht damit erneut an die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats (KVF-S). Diese hatte sich im April 2021 gegen die Initiative ausgesprochen, als sie diese zum ersten Mal behandelte. Heute müssen Unternehmen die Medienabgabe zahlen, sofern sie mehr als 500'000 Franken Umsatz im Jahr erzielen.



### **Mehrwertsteuer**

Der Bund soll nach dem Willen des Nationalrats keine Mehrwertsteuer auf jenen Teil des Preises von Treibstoff erheben, der bereits aus Steuern und Abgaben besteht. Die grosse Kammer hat sich mit 105 zu 84 Stimmen bei vier Enthaltungen für eine parlamentarische Initiative von Franz Grüter (SVP/LU) ausgesprochen. Dieser will damit die Konsumenten entlasten. Die Kommissionsmehrheit war gegen die Initiative. Sie verwies insbesondere auf drohende Mindereinnahmen. Die Initiative geht an die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats (WAK-S).

### **Zwangsehen**

Der Nationalrat will, dass Ehen, bei denen einer der Partner minderjährig ist, ohne Ausnahme für ungültig erklärt werden. Er hat einer parlamentarischen Initiative oppositionslos zugestimmt, die 2018 von der damaligen Zürcher SVP-Nationalrätin und heutigen Regierungsrätin Nathalie Rickli eingereicht worden war. Die Kommission für Rechtsfragen des Ständerats muss sich nun nochmals mit der Sache befassen. Sie war bei einer ersten Behandlung der Initiative dafür, gewisse Ausnahmen weiterhin zuzulassen.

### **Stimmrechtsalter 16**

Der Nationalrat will 16-Jährigen weiterhin das aktive Stimm- und Wahlrecht geben. Er hat es am Mittwoch abgelehnt, eine entsprechende parlamentarische Initiative von Nationalrätin Sibel Arslan (Grüne/BS) abzuschreiben. Die grosse Kammer fällt ihre Entscheidung mit 99 zu 90 Stimmen bei drei Enthaltungen. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK-N) wird nun einen Umsetzungsvorschlag erarbeiten. Bereits in der Herbstsession 2020 hatte der Nationalrat die parlamentarische Initiative ein erstes Mal gutgeheissen. In der Folge erklärte sich auch die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) einverstanden.

### **Altersvorsorge**

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen nach dem Willen des Nationalrats künftig bis zu 15'000 Franken in die Säule 3a einzahlen können - und dafür einen Steuerabzug geltend machen dürfen. Die grosse Kammer hat eine entsprechende parlamentarische Initiative von Erich Hess (SVP/BE) mit 96 zu 85 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Für selbstständige Erwerbstätige ohne Pensionskasse will Hess den Maximalbetrag auf 45'000 Franken pro Jahr erhöhen. Als Nächstes muss sich die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (SGK-S) mit der Sache befassen.

### **Kantonsverfassungen**

Das Bundesparlament ist einverstanden mit Verfassungsänderungen in den Kantonen Zürich, Graubünden und Neuenburg. Der Nationalrat hat dem Geschäft als Zweitrat zugestimmt. Im Kanton Zürich geht es um die Grenzwerte des Finanzreferendums und der Finanzbefugnisse des Kantons- und des Regierungsrats. In Graubünden betrifft die Änderung die Einführung des Verhältniswahlrechts bei Grossratswahlen. Im Kanton Neuenburg geht es um die Windenergie, die Amtsenthebung von Mitgliedern der Exekutiv- und Gerichtsbehörden sowie um Transportinfrastrukturen.

### **Datenschutz**

Der Nationalrat ist einverstanden mit neuen Anstellungsbedingungen für den Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (Edöb).



Er hat entsprechenden Gesetzesänderungen sowie einem Verordnungsentwurf seiner Staatspolitischen Kommission (SPK-N) zugestimmt. Die Vorlage geht an den Ständerat. Sie wurde nötig, weil nach der Revision des Datenschutzgesetzes der Edöb neu vom Parlament gewählt werden wird. Wie vom Bundesrat gewünscht und anders als von der SPK-N ursprünglich vorgesehen ist die grosse Kammer einverstanden, dass Abgangschädigungen möglich sein sollen.

### Ukraine-Krise

Der Krieg in der Ukraine ist weiterhin das Thema an der Frühjahrsession im Bundeshaus. Während einer dringlichen Debatte haben die Fraktionen im Nationalrat skizziert, welche Lehren die Schweiz aus der Krise ziehen soll. So ging es unter anderem um eine Aufstockung der Mittel für die Armee, Änderungen bei der Sanktionspolitik und mehr Hilfe für Geflüchtete - Themen, die bereits in den vergangenen Tagen medial platziert worden waren. Der Bundesrat erhielt für die bisherige Krisenbewältigung mehrheitlich gute Noten. Zwar monierten einige, dass die Regierung zu Beginn des Krieges überrascht worden sei, zu zögerlich gehandelt und die EU-Sanktionen erst unter grossem Druck vollumfänglich übernommen habe. Insgesamt habe der Bundesrat aber angemessen reagiert.

Im Rahmen der Ukraine-Debatte habe ich nochmals den unsinnigen und politisch verantwortungslosen Verkauf der RUAG Ammotec angesprochen. Die ganze Rede finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-videos?TranscriptId=298523>

Oder sehen Sie sich einen kleinen Ausschnitt von SRF an:

#### SVP fordert Aufrüstung der Armee

Im Namen der SVP spricht nun David Zuberbühler. «Während «Nie wieder Krieg!» eine Hoffnung war, droht der russische Präsident indirekt mit Atomwaffen.» Die Folgerung der SVP: Die Wehrhaftigkeit der Armee muss gestärkt werden – die Schweiz müsse im Kriegsfall imstande sein, sich selbst zu verteidigen. «Im Ernstfall ist kein anderes Land bereit, dies zu übernehmen.» Konkret müsse der Verkauf der Munitionsfabrik Ammotec gestoppt werden.



David Zuberbühler (SVP/AI): «Während «Nie wieder Krieg!» eine Hoffnung war, droht der russische Präsident indirekt mit Atomwaffen»

Aus News-Clip vom 16.03.2022.



### **Richterwahlen**

Die Vereinigte Bundesversammlung hat am Mittwoch Brigitte Stump Wendt (SP) mit 173 von 173 gültigen Stimmen als zusätzliche vierte deutschsprachige Richterin für den Rest der Amtsperiode 2022 bis 2027 in die Berufungskammer des Bundesstrafgerichts gewählt. Mangels geeigneter Bewerbungen noch nicht besetzt werden konnte die zusätzliche französischsprachige Stelle. Weiter hat die Bundesversammlung Catherine Reiter (Grüne) für den Rest der Amtsperiode 2020 bis 2023 mit 180 von 181 gültigen Stimmen als Richterin an das Militärkassationsgericht gewählt.

### **Eizellenspende**

Die Legalisierung der Eizellenspende nimmt eine erste Hürde: Der Nationalrat hat am Donnerstag einer Motion seiner Wissenschaftskommission zugestimmt. Demnach soll die Eizellenspende für Ehepaare möglich sein, bei welchen der Unfruchtbarkeitsgrund bei der Frau liegt. Der Vorstoss mit dem Titel "Kinderwunsch erfüllen, Eizellenspende für Ehepaare legalisieren" erreichte wie in der vorberatenden Kommission auch in der grossen Kammer eine komfortable Mehrheit. Der Entscheid dafür fiel mit 107 zu 57 Stimmen bei 16 Enthaltungen. Stimmt auch der Ständerat dem Vorstoss zu, muss der Bundesrat die gesetzlichen Grundlagen und die Rahmenbedingungen für die Eizellenspende schaffen. Dazu muss er eine Roadmap vorlegen, die alle offenen Fragestellungen zum Sachverhalt thematisiert.

### **Güterverkehr**

Trotz spürbarer Fortschritte liegt die Zahl der Lastwagenfahrten über die Alpen noch immer deutlich über dem gesetzlich festgelegten Verlagerungsziel. Der Bundesrat will deshalb weitere Massnahmen ergreifen. Der Nationalrat hat ihm zusätzliche Aufträge erteilt. Konkret will die grosse Kammer auf drei Wegen Druck ausüben. Erstens soll es in den nördlichen Nachbarländern vorwärtsgehen mit dem Ausbau von Neat-Zubringerstrecken. Zweitens sollen vermehrt kranbare Sattelaufleger zum Einsatz kommen. Und drittens sollen der Neuverkehr und der zusätzliche Verkehr aus den Regionen verstärkt verlagert werden. Die auch vom Bundesrat nicht bestrittenen Vorstösse gehen teilweise noch an den Ständerat. Die Regierung hatte bei der Publikation des Berichts Ende November bereits selbst neue Verlagerungsmassnahmen angekündigt.

### **Raumplanung**

Illegal erstellte Gebäude ausserhalb von Bauzonen sollen nicht mehr abgerissen werden müssen, sofern sie älter als dreissig Jahre sind. Der Nationalrat hat mit 92 zu 84 Stimmen einer entsprechenden Motion seiner Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek-N) zugestimmt. Der Vorstoss geht an den Ständerat. Die Befürworterseite argumentierte insbesondere mit dem drohenden administrativen Aufwand, wenn es keine Verjährung gebe. Der Bundesrat und die Ratsminderheit waren der Ansicht, bei Umsetzung der Motion würden Rechtsbrüche belohnt.

### **Entschädigungen**

Personen und Unternehmen, die ihren Geschäftsbetrieb aufgrund behördlicher Massnahmen schliessen oder einschränken müssen, sollen künftig entschädigt werden. Der Nationalrat fordert eine entsprechende Ergänzung des Epidemiengesetzes. Die grosse Kammer hat eine Motion ihrer Staatspolitischen Kommission (SPK-N) angenommen. Der Entscheid fiel mit 176 zu 0 Stimmen. Der Vorstoss geht an den Ständerat. Der Bundesrat stellte sich gegen die Motion, jedoch lediglich aus formalen Gründen.



Laut Gesundheitsminister Alain Berset muss die Frage, ob eine subsidiäre Entschädigungspflicht von Betrieben und ganzen Branchen direkt im Epidemiengesetz verankert werden muss, im Rahmen der Evaluation der Politik in der Covid-19-Pandemie geprüft werden.

### **Wasserkraft**

Der Bundesrat soll in einem Bericht darlegen, inwiefern sich das Potenzial der Wasserkraft durch die Gletscherschmelze erhöht. Der Nationalrat hat einem entsprechenden Postulat seiner Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek-N) oppositionslos zugestimmt. Im Vorstoss wird namentlich darauf hingewiesen, dass in den einstigen Gletscherregionen knapp 1200 Gletscherseen entstanden seien. Der Bundesrat hatte sich mit dem Auftrag einverstanden erklärt.

### **Schlussabstimmungen**

16 Vorlagen haben der Nationalrat und der Ständerat am Freitag mit den Schlussabstimmungen parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht. Darunter sind die Nein-Empfehlung der Räte zur Massentierhaltungsinitiative, die Verlängerung des Gentech-Moratoriums und das neue Veloweggesetz, mit dem der Veloartikel in der Verfassung umgesetzt wird. Mit einer Schweigeminute gedachte der Nationalrat vor dem Ende seiner Session der Opfer des Krieges in der Ukraine. Zu Beginn der Session vor knapp drei Wochen hatten beide Kammern in Erklärungen einen sofortigen Waffenstillstand gefordert.

Bern, im März 2022  
David Zuberbühler